

STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Beschluss-Nr: 2049/2025/3.1	Status öffentlich	Datum 17.10.2025	Wahlperiode 2021 - 2026						
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Bebauungsplan Nr. 232, Gebiet: Ostlintel; Aufstellungsbeschluss									
<u>Beratungsfolge:</u> <table><tr><td>12.11.2025</td><td>Bau- und Sanierungsausschuss</td><td>öffentlich</td></tr><tr><td>03.12.2025</td><td>Verwaltungsausschuss</td><td>nicht öffentlich</td></tr></table>				12.11.2025	Bau- und Sanierungsausschuss	öffentlich	03.12.2025	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich
12.11.2025	Bau- und Sanierungsausschuss	öffentlich							
03.12.2025	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich							
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> von Hardenberg, 3.1		<u>Organisationseinheit:</u> Stadtentwicklung							

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 232 „Ostlintel“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Der Verwaltungsausschuss beschließt, die Aufstellung abweichend vom Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2018 / 2022 mit Fokus auf die Sicherung des Dauerwohnens und die Nichtzulässigkeit weiterer Ferienwohnungen durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

1. Kurzfassung

Die Norder Wohngebiete außerhalb der Innenstadt sind weitgehend geprägt durch eine kleinteilige Ein- und Zweifamilienhausbebauung mit zugehörigen Hausgärten. In den letzten Jahren sind jedoch städtebauliche Fehlentwicklungen zu beobachten. Insbesondere die Verdrängung von Dauerwohnen durch Ferienwohnen und eine überdimensionierte Nachverdichtung und damit einhergehend auch der (vollständige) Verlust von Vorgärten sind hier zu nennen. Die vorhandenen alten Bebauungspläne weisen oft einen Mangel an Regelungstiefe bzw. veraltete städtebauliche Vorstellungen auf. Hinzu kommen unbeplante Bereiche.

Diese Veränderungen haben teils negative Auswirkungen auf den bestehenden Siedlungscharakter und das Ortsbild dieser Stadtteile. Sie beeinträchtigen den Wohn- und Aufenthaltswert.

Der Fachdienst Stadtentwicklung hat mehrere Gebiete mit hohem Handlungsbedarf identifiziert, für welche die Aufstellung neuer Bebauungspläne erfolgen soll.

Gegenstand dieser Sitzungsvorlage ist der Bebauungsplan Nr. 232 „Ostlintel“

Die Aufstellung des Bebauungsplanes dient der Sicherung einer geordneten Siedlungsentwicklung.

2. Aufgabe

2.1 Gegenwärtige Position

Negative Entwicklungstendenzen durch Verdrängung von Dauerwohnen durch Ferienwohnen, überdimensionierte Nachverdichtung, damit verbunden der Verlust von Vorgärten, komplett blickdichte Einfriedungen und damit Verlust des offenen Siedlungscharakters und generell das Fehlen von den aktuellen Anforderungen entsprechenden örtlichen Bauvorschriften.

2.2 Grund oder Anlass für Entscheidungs- und Handlungsbedarf

Korrektur von städtebaulichen Fehlentwicklungen und Sicherung einer geordneten und nachhaltigen Siedlungsentwicklung.

2.3 Darüber soll entschieden werden

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 232.

2.4 Handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme

Prinzipiell ja, allerdings ist die Gemeinde nach § 1 Abs. 3 BauGB verpflichtet, Bauleitpläne aufstellen, sofern die städtebauliche Ordnung dies erfordert, was für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 231 zu bejahen ist.

3. Ziele und Rahmenbedingungen

3.1 Ziele

Die städtebauliche Ordnung soll sichergestellt und eine positive Siedlungsentwicklung herbeigeführt werden. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 232 soll sich im Kern daher an folgenden Zielen ausrichten.

- Sicherung des Dauerwohnens
- Ausschluss weiterer Ferienwohnungen
- Ermöglichung behutsamer Nachverdichtung unter Wahrung des Gebietscharakters
- Örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung

Die nachhaltige, dem Allgemeinwohl dienende und ökologische Siedlungsentwicklung ist zu berücksichtigen

3.2 Ggf. Rahmenbedingungen

Im 2022 beschlossenen Stadtentwicklungskonzept (STEK) ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 231 durchgehend für eine weitere Zulässigkeit von Ferienwohnungen im Bereich 25%-30% vorgesehen. Da Norden jedoch mittlerweile offiziell eine Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt ist, und es aus städtebaulicher Sicht wenig Sinn ergibt, die Verdrängung des Dauerwohnens in bestehenden Siedlungen zuzulassen, während gleichzeitig neue Siedlungen am Stadtrand geplant werden, ist es aus Sicht der Verwaltung erforderlich, vom STEK abzuweichen, und keine weiteren Ferienwohnungen zuzulassen. Zulässigerweise errichtete Ferienwohnungen haben Bestandsschutz.

4. Lösungen

4.1 Lösungen und Alternativen

Siehe 3.

Alternativ wäre der Verzicht auf die Überplanung. Dies würde eine ungebremste Fortsetzung der städtebaulichen Fehlentwicklungen nach sich ziehen.

4.2 Ggf. Belege, Zahlen, Fakten (Finanzielle/Personelle Auswirkungen/Folgekosten)

Durch den Aufstellungsbeschluss ergeben sich keine direkten finanziellen Auswirkungen. Die Kosten zur Erstellung der Planungsunterlagen sind für den FD 3.1 im Haushalt 2025/26 vorgesehen.

Zusammenfassung:

☐ <i>Finanzielle/Personelle Auswirkungen liegen nicht vor.</i>
☒ <i>Die finanziellen Auswirkungen wurden vorab mit dem Fachdienst Finanzen abgestimmt.</i>
☐ <i>Die personellen Auswirkungen wurden vorab mit dem Fachdienst Personal abgestimmt.</i>
☐ <i>Folgekostenberechnung / ☐ Wirtschaftlichkeitsvergleichsberechnung nicht erforderlich.</i>
☐ <i>Eine Folgekostenberechnung für Investitionen ab 50.000 € ist als Anlage beigelegt.</i>
☐ <i>Eine Wirtschaftlichkeitsvergleichsberechnung unter Berücksichtigung mehrerer Möglichkeiten für Investitionen ab 500.000 € ist als Anlage beigelegt.</i>
☐ <i>Fördermittel sind/werden beantragt.</i>

5. Vorschlag

5.1 Favorisierte Lösungen

Beschluss wie vorgeschlagen.

5.2 Wichtige Gründe dafür

s. 1. – 3.

5.3 Wichtige Gründe dagegen

Personeller Aufwand und hohe Planungskosten sind zu erwarten.

5.4 Ggf. Chancen und Risiken

s. vorherige Punkte

6. Umsetzung

6.1 Nächste Schritte

Erstellung der Entwurfsunterlagen nach erfolgten Aufstellungsbeschluss

6.2 Maßnahmen, um Entscheidung abzusichern

keine